

Der Teufelskreis des Populismus

Politiker setzen vermehrt auf populistische Forderungen und gefährden damit die Demokratie

Von Pascal Wiederkehr

Schweizer Parteien gehen verstärkt mit populistischen Vorlagen auf Stimmenfang. So wollte die SVP jüngst die «Diskriminierung stoppen», die «Massenwanderung stoppen» und natürlich den «Volkswillen durchsetzen». Das linksgrüne Lager fordert «den Schutz fairer Löhne», kämpfte «gegen die Abzockerei» und verlangte «sechs Wochen Ferien für alle».

Für aktuellen Diskussionsstoff sorgt nun die Pädophilen-Initiative, über die im Mai abgestimmt wird. So sagte die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder kürzlich gegenüber der *Berner Zeitung*, dass sie «dem ausufernden Populismus in unserem Land Einhalt gebieten will». Dieser Meinung schloss sich auch die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer an. «Wer Anschauungsunterricht in Sachen Populismus haben will, kann gerne in die Schweiz kommen und die aktuelle Pädophilen-Debatte mitverfolgen: Das ist Populismus vom feinsten», schrieb sie in einem Gastkommentar für *Journal21.ch*.

Dass der Populismus einen schlechten Ruf hat, ist für Politiker ein Dilemma. Obwohl sie gerne populistische Forderungen stellen, dient der Populismus

der politischen Konkurrenz gleichzeitig als Vorwurf. Politiker versuchen damit die Sachlichkeit und Glaubwürdigkeit des Gegners zu untergraben. Erst an der letzten SP-Delegiertenversammlung im März hatte SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Mitte-Parteien wegen der Ausschaffungs-Initiative des Populismus bezichtigt. Im Initiativkomitee der Cleantech-Initiative warb sie vor ein paar Jahren jedoch noch selbst mit «100000 neuen Arbeitsplätzen dank erneuerbaren Energien».

Immer mehr Initiativen

Populistische Forderungen sind kein neues Phänomen, sie haben jedoch in den letzten Jahren laut dem Politologen Michael Hermann klar zugenommen. Dass die Schweizer vermehrt über populistische Anliegen abstimmen müssen, liegt nicht zuletzt an der auffälligen Häufung von Initiativen. Die Zahl hat sich in den letzten 30 Jahren verdreifacht. Kamen gemäss dem Bundesamt für Statistik von 1951 bis 1980 erst 38 Initiativen vors Volk, stieg die Zahl von 1981 bis Februar 2014 auf 114 an. Weil der Populismus stark auf die Ängste und Probleme der Bevölkerung abzielt und diese für den Abstimmungskampf instrumentalisiert, haftet ihm ein negativer Beigeschmack an. Popu-

listen wird oft vorgeworfen, dass nur sie zu wissen glauben, was für Volk und Staat am besten ist. Rücksichtslos würden eigene Ziele verfolgt. Populistische Anliegen seien undemokratisch, weil sie Stimmung auf Kosten anderer machen würden. Trotzdem müssen populistische Forderungen nicht grundsätzlich etwas Schlechtes sein.

«Eine funktionierende Initiative muss populistisch, also volksnah, sein», sagt Hermann. Die Volksnähe ist auch ein Marketing-Instrument, um genügend Stimmen zu sammeln und sich zu positionieren. Parteien und Verbände brauchen Aufmerksamkeit, damit sie ihre Anliegen durchsetzen können. «Wenn Initiativen zu einem gewissen Thema beim Volk ankommen, dann werden diese Forderungen erneut auf die politische Agenda gesetzt. Die Politik bedient dann immer stärker funktionierende Themen wie Naturschutz, Strafrecht oder Immigration.» Eine Trendwende ist in den nächsten Jahren nicht in Sicht.

Dies kann dann zum Problem werden, wenn sich die immer gleichen Forderungen gegenseitig hochschaukeln. «Die negative Folge ist ein Vertrauensverlust in die Politik, sobald eine Forderung nur sehr schwer umsetzbar ist. Das Parlament muss dann ein praktika-

bles Ausführungsgesetz entwerfen und das Volk hat das Gefühl nicht ernst genommen zu werden», sagt Hermann. Im Gegenzug stimme es noch härteren Initiativen zu. Daraus entwickle sich ein Teufelskreis. «Dieser kann nur verhindert werden, wenn die Parteien und Verbände umsetzbare Initiativen einreichen.»

Glaubwürdigkeit untergraben

Verstossen gewisse Forderungen möglicherweise gegen andere Gesetze, dann dürfen sie nicht wie geplant umgesetzt werden. «Es ist wichtig, dass das Volk den Respekt vor den demokratischen Institutionen nicht verliert», so Hermann. «In der Schweiz macht das Volk allgemeine Verfassungsartikel und das Parlament daraus die konkreten Gesetze. Wenn man an diesem System rüttelt, dann schadet man der Demokratie.» Bei Abstimmungen gebe es nur das Ja oder das Nein. Die Konsequenzen würden oft ausgeblendet. «In einem Parlament können hingegen Kompromisse geschlossen und bestehende Rechtsnormen berücksichtigt werden.» Die Verantwortung liegt also in den Händen der Politiker. Lösen sie ihr Dilemma mit dem Populismus nicht, setzen sie die Glaubwürdigkeit der Demokratie aufs Spiel.

Nachrichten

Weniger Asylgesuche im ersten Quartal 2014

Bern. In den ersten drei Monaten des Jahres haben weniger Personen in der Schweiz um Asyl ersucht. Die Zahl der Asylgesuche sank im Vergleich zum Schlussquartal 2013 um zwölf Prozent auf 4894. Aus Sicht des Bundesamts für Migration (BFM) hat dieser Rückgang in erster Linie saisonale Ursachen. BFM-Sprecherin Léa Wertheimer sagte, es reisten wegen der schlechten Witterung in dieser Zeit weniger Migranten nach Europa. Das BFM sieht mit den Quartalszahlen aber auch die Entwicklung bestätigt, dass im europäischen Vergleich weniger Asylbewerber in der Schweiz ein Gesuch stellen. SDA

Untersuchung wegen Schweizer Jihadisten

Bern. Die Bundesanwaltschaft ermittelt in mehreren Fällen gegen mutmassliche Schweizer Jihadisten. Sie bestätigte am Donnerstag eine Meldung der Westschweizer Zeitung *Le Temps*. Weitere Details gab sie aber nicht bekannt, auch nicht zur Anzahl der Fälle. Bereits Anfang Monat war bekannt geworden, dass sie eine Strafuntersuchung gegen einen mutmasslichen Schweizer Jihadisten aufgenommen hat. Der Westschweizer Anfang 30 steht im Verdacht, nach Syrien gereist zu sein, um am Krieg gegen Präsident Baschar al-Assad teilzunehmen. SDA

Medikamentenrabatte nicht weitergegeben

Bern. Wenn Spitäler, Ärzte oder Apotheker Rabatte auf Medikamente erhalten, geben sie diese den Versicherten oft nicht weiter. Diesen Vorwurf erheben der Krankenkassenverband Santésuisse und der Internetvergleichsdienst Comparis. Weil Rabatte auf Medikamente nicht weitergegeben würden, blieben die Versicherten jährlich rund 200 Millionen Franken vorenthalten, teilte Comparis mit. Die betroffenen Verbände widersprechen aufs Entschiedenste. SDA

Lega-Fraktionschef im Tessin tritt zurück

Bellinzona. In der Tessiner Grossratsfraktion der Lega dei Ticinesi rumort es. Fraktionschef Michele Foletti hat am Mittwoch seinen Rücktritt bekannt gegeben. Foletti sagte als Begründung, dass es «unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht möglich» sei, mit den Parteikollegen zusammenzuarbeiten. Die Tessiner Lega wollte entsprechende Berichte von Tessiner Medien und vom Westschweizer Radio und Fernsehen nicht kommentieren. SDA

Positive Reaktionen auf Gesundheitsberufegesetz

Kantone und Fachverbände fordern vom Bundesrat die Einführung eines nationalen Berufsregisters

Bern. Der Bundesrat will mit einem neuen Gesetz die Ausbildung für Gesundheitsberufe wie die Pflege vereinheitlichen. Die betroffenen Berufsgruppen begrüssen dieses Vorgehen. Im Gesetzesentwurf vermissen sie aber ein nationales Berufsregister.

Das Schweizer Gesundheitswesen braucht bis 2030 bis zu 190000 neue Arbeitskräfte – rund 60000 von ihnen werden benötigt, um der Alterung der Bevölkerung zu begegnen. Dies schreibt der Bundesrat im Bericht zum neuen Gesundheitsberufegesetz. Dieses befand sich bis gestern in der Vernehmlassung. Übergeordnetes Ziel des Bundesrats ist es, mehr und besser qualifizierte Gesundheitsfachleute auszubilden.

Mit dem neuen Gesetz soll etwa die Ausbildung zur Pflegefachperson vereinheitlicht werden – die Ausbildung an einer Höheren Fachschule und jene an einer Fachhochschule sollen einander angeglichen werden. Diese Gleichstellung stösst bei der Konferenz der Höheren Fachschulen auf Zustimmung: Die Neuerung sei Ausdruck davon, dass die Pflegekompetenzen auf verschiedenen

Bildungswegen erreicht werden könnten. Auch der Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner begrüsst die Gleichbehandlung. Die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH) beurteilt die Vorlage ebenfalls positiv. Zugleich fordert die KFH, dass das Gesetz offen für Entwicklungen sei. So müsse es auch auf die Masterstufe ausgedehnt werden.

Es braucht eine Bewilligung

Mit dem neuen Gesetz will der Bundesrat auch die Sicherheit der Patienten verbessern. Dies, indem er festlegt, welche Kompetenzen im Rahmen von Fachhochschulstudiengängen erreicht werden sollen. Wie diese Kompetenzen aussehen, will die Regierung aber erst in einem zweiten Schritt und auf Verordnungsstufe regeln – unter Mitwirkung der Fachhochschulen.

Die einheitlichen Standards sollen sich ausser auf Pflegefachpersonen auch auf Physio- und Ergotherapeuten, Hebammen und Ernährungsberater beziehen. Für all diese Berufsgruppen soll künftig zudem gelten, was für Ärzte und

Zahnärzte heute schon gilt: Wer einen dieser Berufe in «eigener fachlicher Verantwortung» ausüben will, braucht dafür eine Bewilligung des Kantons. Die Berufsausübung in den öffentlich-rechtlichen Spitälern allerdings bleibt Sache der Kantone. Die Bewilligung kann auch wieder entzogen werden.

Zwar stösst diese Neuerung bei den Berufsverbänden wie bei den kantonalen Gesundheitsdirektoren auf Zustimmung. Die Gesundheitsdirektoren weisen allerdings in ihrer Vernehmlassungsantwort auf einen Mangel hin: Ein Austausch zwischen den Kantonen über Erteilung oder Entzug einer Bewilligung sei nur möglich, wenn es auch ein nationales Register für Gesundheitsberufe gebe. Für den Schweizer Physiotherapieverband hat ein solches Register ebenfalls «höchste Priorität». Auch die Fachhochschul-Rektoren sowie der Schweizerische Verband Bildungszentren Gesundheit und Soziales würden die Einführung eines aktiven Berufsregisters auf nationaler Ebene begrüssen. Auch aus Sicht des Berufsverbands der Pflegefachpersonen kann nur mit einem

aktiven nationalen Register vermieden werden, dass eine fehlbare Fachperson nach Entzug der Bewilligung in einem anderen Kanton «unbemerkt die berufliche Praxis wiederaufnimmt».

Das Departement von Bildungsminister Johann Schneider-Ammann hatte im Dezember verlauten lassen, ein Gesundheitsberuferegister sei «denkbar». Ob ein solches geschaffen werde, soll aufgrund der Vernehmlassung entschieden werden. Angesichts der einhelligen Forderung nach einem Register dürfte dieses Eingang in die überarbeitete Gesetzesvorlage finden.

Krankenkassen haben Bedenken

Der Krankenkassenverband Santésuisse hat grundsätzliche Einwände: Gegen den Fachkräftemangel, vor allem in der Pflege, könne die Vorlage nichts bewirken. Ebenso fragt sich Santésuisse, ob mit der vorgeschlagenen «Akademisierung» von Gesundheitsberufen die Qualität der Versorgung wirklich besser werde. Offen sei auch, welche finanziellen Folgen die Neuregelung der Ausbildung für Grundversicherte habe. SDA

ANZEIGE



www.citroen.ch

CITROËN BERLINGO

ab Fr. 12'990.-

BIS ZU
3,7 M³
LADEVOLUMEN

BIS ZU
776 KG
NUTZLAST

BIS ZU
1,25 M
NUTZHÖHE

BIS ZU
3,25 M
NUTZLÄNGE

BUSINESS PACKAGE 5 JAHRE

ab Fr. **179.-/Monat**

- LEASING
- UNTERHALT
- SERVICE
- GARANTIE



CITROËN

CRÉATIVE TECHNOLOGIE

CITROËN empfiehlt TOTAL

Die Angebote gelten für alle zwischen dem 1. April und dem 31. Mai 2014 Fahrzeuge. Citroën Berlingo Kastenwagen Kurz 600 1.6 VTi 95 Manuell, Dauertiefpreis Fr. 12'990.-. Die angebotenen Nutzfahrzeuge sind für die geschäftliche oder berufliche Nutzung bestimmt. Die Angebote gelten ausschliesslich für Firmenkunden gemäss Citroën-Reglement, nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Preisänderungen vorbehalten. Alle Preise verstehen sich ohne MWST.